

# Frankfurter Allgemeine Zeitung

17. Februar 2005, Nr. 40 / Seite 12

## Ein Transatlantischer Vertrag als neue Brücke\*

*Gunther Hellmann*

In der Rede des Bundeskanzlers bei der Münchener Sicherheitskonferenz fiel viermal die Wendung "nicht mehr" - unter anderem: Die Nato sei "nicht mehr der primäre Ort" transatlantischer Kooperation. Eine positive Beschreibung der Nato fiel dem Kanzler sichtlich schwer. Die enge transatlantische Bindung bleibe zwar das Interesse aller, für "praktische Politik" könne jedoch "nicht die Vergangenheit der Bezugspunkt sein, wie das so oft in transatlantischen Treueschwüren der Fall" sei. Die Gestaltung der Zukunft wollte der Kanzler einer Gruppe unabhängiger Personen von beiden Seiten des Atlantiks anvertrauen, die den Staats- und Regierungschefs von Nato und EU bis Anfang 2006 berichten sollten.

Das verheerende Echo, das Schröders Rede unter den Sicherheitsexperten hervorrief, zeigt, daß die transatlantische Glaubwürdigkeit der gegenwärtigen Bundesregierung einen neuen Tiefpunkt erreicht hat. Dies gilt um so mehr, als in den letzten Wochen eigentlich alle Seiten bemüht waren, einen Neuanfang zu ermöglichen. Nichts beweist mehr, wie tief das Mißtrauen sitzt, als wenn eine programmatische Rede des Bundeskanzlers als Vorschlag zur "Beerdigung" der Nato verstanden wird. Wenn Deutschland und die Vereinigten Staaten, wie Schröder zu Recht anmerkte, bislang "gleichsam die Brückenlager" der transatlantischen Zusammenarbeit waren, dann droht die Brücke heute nicht zuletzt deshalb einzubrechen, weil beide nicht mehr in der Lage sind, ihrer verbindenden und tragenden Funktion gerecht zu werden. Der Nato fehlen gewichtige Mitspieler, die die auseinanderstrebenden Interessen ausgleichen. Die amerikanische Führungsmacht war für diese Rolle nie gemacht. Nach dem 11. September 2001 gelang ihre Einbindung in die Allianz selbst den Briten nicht. Der alten Bundesrepublik kam früher eine vermittelnde Rolle schon aus dem Überlebensinteresse des geteilten Frontstaates zu. Noch bis weit in die erste Amtszeit der Regierung Schröder blieb das eine Handlungsmaxime. Heute ist wenig davon übrig. Die waghalsige Koppelung einer erfolgreichen transatlantischen Erneuerung mit der Befriedigung des deutschen Anspruchs auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, von der Schröder auch sprach, ist ein Zeugnis dafür, daß die Allianz mittlerweile auch in Berlin als Steigbügelhalter nationaler Ambitionen gesehen wird.

Dabei droht unterzugehen, daß ein Kernanliegen Schröders selbst dann berechtigt ist, wenn der Botschafter ein Glaubwürdigkeitsproblem aufweist. In allen Hauptstädten besteht heute Konsens, daß es eines Neuanfangs in den transatlantischen Beziehungen bedarf. Institutionelle Neuerungen, wie sie Schröder unter Verweis auf den "Dialog zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten" eher zögerlich angeregt hat, sollten die Europäer schon deshalb prüfen, weil sie an einer Konkretisierung der amerikanischen Zusicherung interessiert sein müssen, die "zunehmende Einigkeit Europas willkommen zu heißen", wie Außenministerin Rice es in Paris formulierte.

Beide Seiten könnten dieses Ziel dadurch fördern, daß sie an die Idee eines "Transatlantischen Vertrages" zwischen EU und den Vereinigten Staaten anknüpfen, die

bereits Mitte der neunziger Jahre von der damaligen Bundesregierung vorgebracht wurde. Für eine solche Neubegründung der Beziehungen sprachen schon damals drei Gründe: daß sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts zwar die Geschäftsgrundlage im Verhältnis zwischen EU und den Vereinigten Staaten verändert hatte, beide aber nach wie vor die wichtigsten Kooperationspartner füreinander waren; die mit den Erweiterungen von Nato und EU unvermeidlich einhergehenden Veränderungen beider Organisationen; und die Notwendigkeit, ein sichtbares Zeichen einer erneuerten Atlantischen Gemeinschaft zu setzen.

Schon damals gab es allerdings vier Gründe, die dazu führten, daß diese Idee in den neunziger Jahren nicht weiter verfolgt wurde: die Wahrnehmung, daß die damalige Nato den Anforderungen gewachsen sei; die noch fehlenden Erfahrungen mit einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (Gasp); die Gefahr einer Entwertung und Schwächung der transatlantischen Beziehungen; und die Risiken der Aushandlung wie auch des Scheiterns eines Vertrages im Zuge der Ratifizierungsverfahren in den Parlamenten, vor allem in den Vereinigten Staaten selbst.

Die Entwicklungen der letzten Jahre lassen die ersten drei Gegenargumente als weitgehend gegenstandslos erscheinen. Während die EU trotz aller bleibenden Defizite merkliche Fortschritte im Rahmen der Gasp gemacht hat, hat sich die Nato keineswegs als so robust erwiesen wie von ihren Anhängern erhofft. Da erscheint es zumindest bedenkenswert, auch tiefgreifende institutionelle Veränderungen zu erwägen, die den transatlantischen Zusammenhalt mit seinen beiden Kernelementen, der EU und der Nato, neu fundieren. Eine Gruppe von "elder statesmen" aus großen und kleinen Mitgliedstaaten der EU und der Nato könnte dabei helfen, die Risiken einer späteren Ratifizierung zu minimieren. Da Schröders Vorschlag nach der ersten Reaktion etwas angebrannt ist, bedarf es glaubwürdiger Förderer, um der Idee doch noch zum Erfolg zu verhelfen. Das könnte dadurch gelingen, daß der Bundeskanzler zusammen mit Regierungschefs wie dem niederländischen Premierminister oder dem polnischen Präsidenten über alle Zweifel erhabene Europäer und Transatlantiker wie seinen Amtsvorgänger für diese Gruppe vorschlägt.

*Der Verfasser lehrt Politikwissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.*

---

\* Der von der Redaktion der FAZ für die veröffentlichte Fassung gewählte Titel lautete: "Am Tiefpunkt der transatlantischen Glaubwürdigkeit"